



Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Medienmitteilung

Regierung befürwortet Schengen/Dublin

Die Schaffhauser Regierung ist der Überzeugung, dass ein Ja zum Schengen-Abkommen zur Verstärkung der Kriminalitätsbekämpfung beiträgt und sich positiv auf die Sicherheit der Schweiz auswirkt. Der Kanton Schaffhausen als ausgeprägter Grenz-kanton ist in besonderem Mass von den positiven Auswirkungen des Vertragswerkes betroffen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Anbindung an das Europäische Fahndungssystem (SIS) und die Verbesserung der Polizeizusammenarbeit innerhalb von Europa. Nach Ansicht der Regierung ist das Abkommen zu Schengen und Dublin die konsequente Fortsetzung der schweizerischen Politik auf dem bilateralen Weg und kein «EU-Beitritt in Raten».

Der Vertrag von Schengen hat zum Ziel, den Grenzverkehr und die Mobilität der Bevölkerung durch den Verzicht auf systematische Passkontrollen an der Landesgrenze zu erleichtern. Gleichzeitig wird die internationale Zusammenarbeit von Polizei und Justiz im Kampf gegen das Verbrechen verbessert. Die Kriminalität lässt sich ohne internationale Zusammenarbeit nicht wirkungsvoll bekämpfen. Kernstück der Polizeizusammenarbeit ist das Schengener Informationssystem (SIS). In diesem europaweiten Datenverbund, der zurzeit über zwölf Millionen Einträge enthält, können europaweit Fahndungen nach Personen oder Sachen rund um die Uhr innert Minuten ausgeschrieben und abgefragt werden.

Auch mit Schengen werden zukünftig Grenzkontrollen vorgenommen. Das Grenzwachtkorps bleibt im Einsatz. Da die Schweiz nicht der Zollunion angehört, müssen weiterhin Warenkontrollen vorgenommen werden. Dabei können verdächtige Personen nach wie vor kontrolliert und zurückgewiesen werden. Der Regierungsrat geht davon aus, dass sich an den bestehenden Grenzübertritten wenig ändern wird. Demgegenüber wird der Grenzschutz – so wie es Schengen vorsieht – vermehrt hinter die Grenze verlagert. Wie bereits heute werden unter Schengen vermehrt gezielte, mobile und überraschende Überprüfungen im tieferen Grenzraum vorgenommen werden. Die bereits eingespielte Zusammenarbeit zwischen dem Grenzwachtkorps und der Schaffhauser Polizei wird dabei noch verstärkt zum Zuge kommen. Da der Kontrollraum des Grenzwachtkorps ins Landesinnere ausgedehnt wird, dürfte sich die Sicherheit in den Grenzregionen wie dem Kanton Schaffhausen gegenüber der heutigen Situation verbessern. Neben den Sicherheitsaspekten bringt Schengen aber auch Vorteile für die Tourismusbranche und die Wirtschaft. Bestehende administrative Hürden werden zum Vorteil der Schweiz abgebaut.

Dublin - ein bewährtes Mittel gegen Asylmissbrauch

Der Beitritt zum Dublin-Vertrag bringt der Schweiz Entlastungen im Asylbereich. Mit dem Dublin-Vertrag wird vermieden, dass Asylsuchende Zweit- und Drittgesuche in anderen Staaten einreichen können. In der Datenbank «Eurodac» sind sämtliche Fingerabdrücke der Personen,

die in einem anderen der 27 Staaten des Dubliner Vertrages ein Asylgesuch gestellt haben, gespeichert. Dadurch kann geklärt werden, ob jemand bereits ein Asylgesuch eingereicht hat und welcher Staat für die Prüfung zuständig ist. Rund 20 Prozent der Asylgesuche in der Schweiz sind Zweitgesuche. Fallen diese weg, lassen sich beträchtliche Kosten sparen.

Die Schweiz bleibt auch mit Schengen/Dublin souverän und hat bei den Anpassungen der Abkommen ein Mitspracherecht. Daran beteiligt sind Bund und Kantone. Bei jeder wesentlichen Änderung der Abkommen ist wiederum ein Referendum möglich. Im äussersten Fall kann die Schweiz das Abkommen Schengen/Dublin kündigen. Nach Ansicht des Regierungsrates eröffnen deshalb Schengen/Dublin die Chance, die Vorteile einer Zusammenarbeit mit der EU im klar begrenzten Bereich der inneren Sicherheit zu nutzen.

Schaffhausen, 10. Mai 2005

Staatskanzlei Schaffhausen